

HESSEN/RHEIN-MAIN

„Katastrophenschutz heißt Training“

Ahrflut: Michèle Knodt von der TU Darmstadt hat untersucht, an welchen Stellen es im Katastrophenschutz gehapert hat

DARMSTADT/BAD NEUENAUHRWEILER. Die Ahrflut wird aufgearbeitet, im Mainzer Landtag, aber auch in der Wissenschaft. Wo der Katastrophenschutz bei der Flut vor zwei Jahren Probleme hatte und was dagegen getan werden kann, das hat Michèle Knodt, Professorin an der TU Darmstadt, mit ihrer Kollegin Eva Platzer untersucht. Warum es nicht reicht, wenn nur der Katastrophenschutz trainiert, erläutert Knodt im Interview.

Frau Knodt, Sie haben herausgefunden, dass bei der Ahrflut die Koordination innerhalb des Katastrophenschutzes sowie zwischen diesem, der Politik und der Verwaltung nicht funktioniert hat. Wie kamen Sie zu dem Ergebnis?

Wir haben drei Datenarten: Zum einen sind das Interviews mit Rettungskräften, die im Ahrtal im Katastrophenschutz tätig waren. Zweitens eine Umfrage unter Einwohnern im Ahrtal. Drittens eine teilnehmende Beobachtung: Meine Kollegin, die mit mir die Arbeit geschrieben hat, war bei der Ahrflut als Einsatzkraft dabei.

INTERVIEW

Was waren die Herausforderungen für die Einsatzkräfte?

Neben dem Ausmaß auch die Dauer der Katastrophe. Auf Einsätze von mehreren Wochen, bei denen man täglich 24 Stunden eingesetzt war, war man nicht vorbereitet. Dafür reichte das Personal nicht. Daher wurde viel Personal nur kurz eingesetzt, dann wurde rotiert. Dabei geht aber ständig viel Wissen verloren.

Könnten Sie nach den Gesprächen Verantwortliche ausmachen?

Uns geht es nicht darum, Schuldige zu benennen. Wir wollen die strukturellen Probleme des Katastrophenmanagements identifizieren. Ein zentrales Problem ist die Koordination zwischen der politischen Ebene, die etwa den Katastrophenfall ausruft und Evakuierungen anordnet, und dem Katastrophenschutz. Diese Entscheidungen hätten früher fallen müssen. Aber die



Die mit einer Drohne gefertigte Aufnahme zeigt die Verwüstungen, die das Hochwasser der Ahr in der Eifel angerichtet hat.

Fotos: dpa/ Ina Martella

politische Ebene ist nicht in die Übungen des Katastrophenschutzes einbezogen. Für solche Entscheidungen braucht es Mut. Den kann man nur aufbringen, wenn man mittrainiert hat.

Sie haben sich auch die Reaktionen auf die Flut in NRW angesehen. Was lief dort anders als in Rheinland-Pfalz?

NRW ist nicht so dezentral organisiert wie Rheinland-Pfalz und verfügt über einen besser funktionierenden zentralen Katastrophenschutz. In Rheinland-Pfalz hat das Krisenmanagement über die ADD, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, nicht gut funktioniert. Koordinationsprobleme gibt es aber in beiden Ländern. Unser Vorschlag ist unter anderem: Ein Expertenteam zu schicken, das Erfahrung damit hat, große Schadenslagen zu bearbeiten. Dieses Team könnte lokal unterstützen und beraten.

Die Enquete-Kommission in rheinland-pfälzischen Landtag will Lehren aus der Ahrflut zie-

hen. Auch Sie liefern in Ihrer Studie Vorschläge für Verbesserungen. Sind die Abgeordneten auf dem richtigen Weg?

Mit uns haben sie nicht geredet, das ist schade. Aber gut ist, dass Rheinland-Pfalz in die richtige Richtung marschiert.

Zum Beispiel?

Rheinland-Pfalz war eines der Bundesländer, das bisher wenig in den Katastrophenschutz investiert hat. Es war eher unterausgestattet. Das wurde geändert: Man hat Hubschrauber gekauft, Einsatzfahrzeuge, in Führungskräfte und Personal investiert. Die Landesregierung hat entschieden, ein Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz mit Lagezentrum einzurichten. Auch da sind sie auf dem richtigen Weg. Denn die ADD war dafür gar nicht ausgerüstet, hat kein Lagezentrum, ist nicht auf Katastrophen spezialisiert.

Was fehlt noch?

Die Koordination zwischen Politik, Verwaltung, Katastrophenschutz und Einsatzkräften muss besser trainiert werden.



DR. MICHELE KNODT

► Michèle Knodt ist Professorin für Politikwissenschaft an der TU Darmstadt und beschäftigt sich mit kritischen Infrastrukturen.

Unter anderem ist sie Co-Leiterin des Forschungszentrum „Emergency“, bei dem es um den Schutz vor Katastrophen für digitale Infrastruktur geht. In ihrer Studie zur Ahrflut formuliert Knodt auch Handlungsempfehlungen: Verbesserungen beim Katastrophenschutz könnten demnach durch Anpassungen der Strukturen, Veränderungen in Ausbildungs- und Einsatzkonzepten und der Einrichtung einer Schnittstelle zu den Spontanhelfern gelingen.

Ein Training, bei dem auch Politik und Verwaltung dabei sind, ist das A und O.

Wie kann das gelingen?

Bei solch großen Katastrophen braucht es eine zentrale Führung von oben. Sie darf weiter unten nicht infrage gestellt werden. Auch das hat bei der Ahrflut nicht immer geklappt. Und man braucht eine gemeinsame Sprache: Im Ahrtal mussten Einsatztaktiken und Fachbegriffe erst mühevoll übersetzt werden, weil die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Begriffe verwenden. Das hat den Einsatz verlangsamt. Ein Handbuch wäre ein erster Schritt.

Wenn sich so etwas Schlimmes wie die Ahrflut wieder ereignen würde, wäre das Land besser vorbereitet?

Es würde heute anders laufen, in Teilen sicher besser, in Teilen jedoch mit denselben Schwierigkeiten. Ein Erfahrungswissen verliert sich nach ein paar Jahren, nicht nur bei den Einsatzkräften, auch bei der Bevölkerung. Nach 30 Jah-

ren ist nicht mehr viel da.

Es gibt andere Beispiele für unvorhergesehene Ereignisse und die schnelle Rettung von vielen Menschen. Gwendolyn El Atreby, die den Bataclan-Einsatz mit 130 Toten, sehr vielen Verletzten und 730 Rettungskräften für das Französische Rote Kreuz koordiniert hat, hat viel Lob erhalten. Kann man einen Terroranschlag mit einer Flut vergleichen? Was kann Rheinland-Pfalz von Frankreich lernen?

Wenn ein Gebäude betroffen ist, ist die Schadenslage begrenzt. Bei einem Schaden draußen ist nicht so schnell klar, wo er aufhört. Wäre bei der Ahrflut nur eine Stadt oder ein Stadtteil betroffen gewesen, wäre es ganz anders abgelaufen. Da sind die Einsatzkräfte geübt. Aber bei einem so übergreifenden Schaden läuft der Katastrophenschutz ganz anders ab. Man muss üben, üben, üben, auch auf die Gefahr hin, dass nichts passiert.

Das Interview führte Elisabeth Saller.

Spediteur stellt Anzeige gegen die Streikenden

GRÄFENHAUSEN (elsa/dpa). Der polnische Spediteur Lukasz Mazur hat Anzeige gegen die streikenden Lastwagenfahrer erstattet. Das bestätigt die Staatsanwaltschaft Darmstadt auf Anfrage dieser Redaktion. Durch den Streik, der vor zwei Wochen an der Raststätte Gräfenhausen-West an der A5 zwischen Frankfurt und Darmstadt begonnen hat, wollen sich die Fahrer nicht bezahlten Lohn von ihrem Arbeitgeber erkämpfen. Neben anderen Delikten soll es um den Vorwurf der Erpressung gehen, wie Ansgar Martinsohn, stellvertretender Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, mitteilte. Weitere Details nannte er nicht. Die Anzahl der Fahrer, gegen die sich die Anzeige richtet, sei dem Sprecher nicht bekannt. „Ob und inwieweit die erhobenen Vorwürfe zutreffen und wie der Sachverhalt rechtlich zu bewerten sein wird, ist Gegenstand der Ermittlungen“, sagte Martinsohn.

Gewerkschafter spricht von „bodenloser Frechheit“

Ein Firmensprecher der Spedition sagte, der Unternehmer Lukasz Mazur sei in der vergangenen Woche bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt gewesen. Es habe auch Versuche gegeben, mit dem Bürgermeister der angrenzenden Kommune und der Polizei zu sprechen. Gespräche mit den streikenden Fahrern habe es nicht gegeben. Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, bezeichnete das Vorgehen des Unternehmers als „bodenlose Frechheit“. Das sei der Versuch, Opfer zu Tätern zu machen. Der Spediteur „soll den Fahrern endlich das ihnen zustehende Geld zahlen“, sagte er. In den ersten Tagen des Streiks hatte die Spedition einigen Männern den Lohn bezahlt. Dann kamen immer mehr Fahrer an die Raststätte, inzwischen seien es rund 140. Seit gut einer Woche sei kein Geld mehr geflossen, sagt Jens Liedtke, DGB-Regionalgeschäftsführer für Südhessen.

Schon beim ersten Streik von Lastwagenfahrern an der Raststätte Gräfenhausen-West hatte der Spediteur versucht, die Männer einzuschüchtern: Mitglieder der in Polen bekannten Privatdetektei „Rutkowski Patrol“ waren mit einem gepanzerten Fahrzeug angerückt. Die Polizei beendete die Aktion. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, zudem wegen Landfriedensbruchs, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und des Verdachts der Körperverletzung.

Wahlausschuss entscheidet

WIESBADEN (dpa). Für die hessische Landtagswahl am 8. Oktober haben 22 Parteien und Wählergruppen Landeslisten eingereicht. Die Frist zur Einreichung der Landeslisten endete am Montag um 18 Uhr, wie der Landeswahlleiter mitteilte. Auf einer Landesliste stehen alle Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei oder Wählergruppe. Bislang nicht im Landtag vertretene Parteien und Wählergruppen müssen für die Zulassung 1000 Unterschriften von wahlberechtigten Unterstützern vorweisen. Dem aktuellen hessischen Landtag gehören CDU, Grüne, SPD, AfD, FDP und Linke an. Über die Zulassung der eingereichten Landeslisten entscheidet der Wahlausschuss am 11. August.

Live-Stream aus dem Standesamt

Erkrankte oder im Ausland lebende Hochzeitsgäste können in Kassel via Bildschirm an Trauungen teilnehmen / Bislang in Deutschland ein seltenes Angebot

Von Nicole Schippers

KASSEL/ZWEIBRÜCKEN. Der Trausaal ist komplett gefüllt? Gäste können nicht an der standesamtlichen Trauung teilnehmen, weil sie krank sind oder im Ausland leben? Für diese Fälle bietet die Stadt Kassel jetzt einen Live-Stream aus dem Standesamt an. „Es gibt immer wieder Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nicht zur Hochzeit von Angehörigen oder Freunden kommen können“, sagte Bürgermeisterin Ilona Friedrich (SPD) am Dienstag in Kassel. „Ihnen wollen wir mit dem Live-Stream ermöglichen, dabei zu sein, obwohl sie nicht anwesend sind.“

Link zur Videokonferenz kann vielfältig geteilt werden

Manchmal bestehe auch der Wunsch nach mehr Gästen als den im Trausaal des Kasseler Rathauses zulässigen 30 Personen, berichtete Frank Müsken, Leiter des Standesamtes der Stadt Kassel. „Durch die neue Technik sind mehr Gäste kein Problem.“ Sie könnten die Zere-

monie nun einfach vor dem Trausaal per Smartphone verfolgen.

Und so funktioniert es: Die Stadt stellt per E-Mail über den Videokonferenzdienst Webex einen Link zur Verfügung, den das Hochzeitspaar an seine Gäste weitergeben kann. Die Gäste sind dann auf einem 65-Zoll-Bildschirm im Trausaal sichtbar – sofern sie die Kamerafunktion nutzen – und können die Zeremonie aus der Ferne verfolgen. „Sie sind zunächst stummgeschaltet. Am Ende der Trauung öffnen wir dann die Mikrofone, damit sie lautstark gratulieren können“, berichtete Müsken.

Bislang sei der Live-Stream aus dem Trausaal ein noch seltenes Angebot in Deutschland, sagte Müsken, der auch der Vorsitzende des Fachverbands der Hessischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten ist. In der Testphase in den vergangenen Wochen hätten auch nur einige Paare von dem kostenfreien Angebot Gebrauch gemacht. „Bei ihnen ist es aber sehr gut angekommen. Wir wünschen uns, dass es künftig häufiger genutzt wird.“



Bürgermeisterin Ilona Friedrich (SPD) und Frank Müsken, Leiter des Standesamtes der Stadt Kassel, bieten den Stream-Service für verhinderte Hochzeitsgäste kostenfrei an. Foto: dpa

Das Standesamt im rheinland-pfälzischen Zweibrücken hatte den Live-Stream vom Ja-Wort bereits im Mai 2021 angeboten. „Wir befanden uns damals mitten in der Corona-Pandemie und wollten es Paaren ermöglichen,

dass deren Familien, Angehörige und Freunde bei der Trauung live dabei sein können“, sagte der Pressesprecher der Stadtverwaltung, Jens John. Aktuell allerdings pausiere das Angebot aus personellen Gründen. „So-

bald sich diese Situation wieder ändert, werden wir auch wieder Live-Streams anbieten können.“ Denn das Interesse war groß: „Zu Zeiten der Pandemie wurde das Angebot sehr rege angenommen“, berichtet John. Später sei

die Nachfrage etwas abgeflacht. Dennoch: Auch Paare, die beispielsweise Verwandtschaft im Ausland hätten oder deren Großeltern nicht mehr persönlich an der Trauung teilnehmen könnten, hätten von der Live-übertragung Gebrauch gemacht. In Zweibrücken wird dazu ein privater YouTube-Link eingerichtet, den das Paar vorab an die Hochzeitsgesellschaft versenden kann. Kostenpunkt: 35 Euro.

Paare müssen weiterhin persönlich anwesend sein

Gerhard Bangert, Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Standesbeamtinnen und Standesbeamten, ist sich sicher, dass die Standesämter künftig zunehmend offen werden für entsprechende digitale Formate. Doch auch wenn die Gäste inzwischen mancherorts digital zugeschaltet werden können, das Brautpaar selbst muss weiterhin persönlich beim Standesamt erscheinen. „Eine Online-Trauung, bei der sich die Partner das Ja-Wort via Bildschirm geben, ist in Deutschland nicht möglich“, erklärte Bangert.